

Der 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte

Vortrag von Prof. Eckart Conze
am 10. November 2009
im Hessischen Landtag



HESSISCHER
LANDTAG

Schriften des Hessischen Landtags

Heft 11

Schriften des Hessischen Landtags

- Heft 1 Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am
17. November 2001
Wiesbaden 2002
- Heft 2 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27.01.2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags
Wiesbaden 2006
- Heft 3 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27.01.2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener
Rathauses
Wiesbaden 2006
- Heft 4 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 26.01.2006 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2006
- Heft 5 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27.01.2007 im Ständehaus Kassel
Wiesbaden 2008
- Heft 6 Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am
Lebensende“ am 12. März 2007 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2008
- Heft 7 Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen
Jubiläum des Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai
2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg
Wiesbaden 2008
- Heft 8 Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010
und aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht
am 10. November 2008
Wiesbaden 2010

- Heft 9 Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008 und Verabschiedung der ausscheidenden Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags sowie Einweihung des neuen Plenargebäudes
Wiesbaden 2010
- Heft 10 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und Beginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen. Symposium am 18. September 2009
Wiesbaden 2010

Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags

Redaktion: Hubert Müller, Susanne Baier

Herstellung: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

ISBN: 978-3-923150-39-7

© 2010 Hessischer Landtag, Wiesbaden, Schlossplatz 1–3

Der 9. November –
Ein Tag deutscher Geschichte

Vortrag von Prof. Eckart Conze
am 10. November 2009
im Hessischen Landtag

Inhalt:

Vorwort

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags 11

Der 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte

Prof. Dr. Eckart Conze

Universität Marburg 13

Anmerkungen des Verfassers 31

Anhang 33

Vorwort

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags:

9. November – Kaum ein Datum in der deutschen Geschichte stellt einen Veranstalter vor größere Herausforderungen als der 9. November.

Im Jahr 2009 jährte sich am 9. November zum 20. Mal der Fall der Mauer. Anlass, diesen Tag zu feiern. Steht er doch für das Ende der Teilung Deutschlands, für das Ende der Teilung Europas und für das Ende des Kalten Krieges.

Nach 28 Jahren Existenz wurde die Mauer von mutigen Menschen niedergerissen. Die Nacht vom 9. auf den 10. November war die Nacht der Autokorsos, des Freudentaumels. Wildfremde Menschen lagen sich in den Armen und die Tränen waren Freudentränen. Kaum vorstellbar ist der Gefühlstaukel, in dem sich die Menschen befanden. Seit 20 Jahren wächst nun zusammen, was zusammen gehört.

Aber der 9. November 1989 ist nicht der einzige „9. November“, der einen politischen Wendepunkt in der deutschen Geschichte markiert. Das 20. Jahrhundert wartet mit Schicksalsereignissen deutscher Geschichte auf, die dem 9. November als Wendepunkt der deutschen Geschichte zu einem doppelgesichtigen Tag machen. Geben die Ereignisse am 9. November 1989 diesem Datum ein freudiges Gesicht, so gibt der 9. November in anderen Jahren des 20. Jahrhunderts Anlass zu Trauer und Entsetzen, ist gezeichnet von Schrecken und Unmenschlichkeit.

Der „Novemberrevolution“ am 9. November 1918 folgt der 9. November 1923, der Tag des „Hitlerputsches“. Der 9. November 1938 steht für die Schrecken der Reichspogromnacht, für unermessliches Leid, das die Naziherrschaft über die jüdische Bevölkerung gebracht hat. Der 9. November 1939 steht aber auch für das gescheiterte Attentat des Georg Elser auf Adolf Hitler.

Der 9. November als Januskopf – im 20. Jahrhundert steht er für die Hoffnung der Deutschen nach Frieden und Freiheit sowie für ein mahndendes Erinnern an die vielen Millionen Opfer des nationalsozialistischen Verbrechens.

Der Veranstalter kommt bei diesem Doppelgesicht in einen Zwierspalt. Soll es eine Feier- oder eine Gedenkstunde werden? Wie kann man so verschiedene Ereignisse an einem Tag vereinen? Der Hessische Landtag hat sich für eine schlichte Vortragsveranstaltung mit rein informativem Charakter entschieden.

Der Festredner der Veranstaltung am 10. November 2009 im Hessischen Landtag war Herr Prof. Dr. Eckart Conze von der Philipps-Universität in Marburg. Der Titel seines Vortrags lautete: „ Der 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte“.

Prof. Conze hat sich mit seinem Vortrag der Herausforderung 9. November erfolgreich gestellt. Er betrachtet den 9. November 1989, den Fall der Mauer, und er greift die Stimmen auf, die sich der Frage gewidmet haben, den 9. November 1989 zum Nationalfeiertag zu erklären. In seiner Betrachtung, den 9. November 1989 als eine Chance zu begreifen, fordert er zugleich dazu auf, den Blick zurück, in das 20. Jahrhundert, auf mit dem 9. November verbundene historische Ereignisse zu werfen.

Prof. Conze zeigt in seiner geschichtlichen Reise durch das 20. Jahrhundert auf, in welchem inneren Zusammenhang der 9. November 1918, 1923, 1938 und 1939 zum 9. November 1989 stehen und betrachtet die Wendepunkte deutscher Geschichte im Kontext.

Wir haben die Aufgabe, gegen das Vergessen durch aktives Erinnern anzugehen und wichtige Erfahrungen an die nachfolgenden Generationen weiter zu geben. Die Generationen, die aus eigener Erfahrung berichten könnten, werden immer älter. Indem wir einen Augenblick verweilen und uns gemeinsam mit der Geschichte auseinandersetzen, leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag. Die Erinnerungen, die wir mit der Wende verbinden, sind noch bei sehr vielen Menschen mit persönlichen Erinnerungen an den Abend des 9. Novembers 1989 verbunden. Aber schon die Schülerinnen und Schüler erleben den 9. November 1989 als einen Teil des Geschichtsstoffs, den es in der Schule zu lernen gilt. Umso wichtiger ist es, die geschichtlichen Ereignisse im Zusammenhang zu sehen und zu vermitteln.

Der Vortrag von Prof. Conze war Kernstück einer sehr interessanten und anregenden Vortragsveranstaltung. Die Reden liegen nunmehr vor und stehen in diesem Band dem interessierten Leser zur Erinnerung und Information zur Verfügung. Mein besonderer Dank gilt Prof. Conze. *Der 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte*

Der 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte

Prof. Dr. Eckart Conze

I.

Als vor 20 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989, die Mauer fiel, als die Menschen zu Tausenden aus dem Osten Berlins in den Westen der Stadt strömten, als rund um das Brandenburger Tor die Berliner auf der Mauer tanzten, da taufte jemand die „Straße des 17. Juni“ in „Straße des 9. November“ um. Eine ganze Reihe von Politikern machte sich in den Tagen nach dem Mauerfall diese Idee zueigen. Aber waren sie sich der historischen und politischen Tragweite ihres Vorschlags bewusst? Wofür stand – und wofür steht – der 9. November in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts?¹

Wenige Monate nach dem Fall der Mauer, als sich die beiden deutschen Staaten in einer atemberaubenden Dynamik ihrer Vereinigung näherten, rückte der 9. November erneut in die öffentliche Aufmerksamkeit. Man nannte diesen Tag als einen möglichen Nationalfeiertag. Gerade die Tatsache, dass er in so unterschiedlicher Weise auf die Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert verweise, wurde nun zum Argument derer, die sich in der Debatte über den nationalen Feiertag für den 9. November aussprachen. „Der 9. November bringt besser als jeder andere Tag die Erinnerung an die dunkelsten und die hellsten Tage der neueren deutschen Geschichte zum Ausdruck“, betonte Ernst Benda, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts. „Vielleicht müssen deutsche Feiertage das Erbe der Menschlichkeit symbolisieren und in gleicher Weise die mahnende Erinnerung, zu welchen Exzessen Menschen fähig sein können, enthalten“, meinte Edzard Reuter, damals Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz.

Doch seine Ambivalenz wurde auch gegen den 9. November als Feiertag vorgebracht. Antje Vollmer, Politikerin der Grünen, warnte vor dem „gespenstischen Doppelgesicht“ dieses Tages. Für die Publizistin Lea Rosh stand in Zweifel, dass der 9. November wirklich für das Geschichtsbewusstsein der Deutschen stehe. „Sollen denn die Opfer der sogenannten Reichskristallnacht wirklich ein zweites Mal verhöhnt werden“, fragte sie. „Der eine 9. November kann nicht die anderen der deutschen Zeitgeschichte auslöschen“, schrieb der Journalist Karl-Heinz Janßen in der ZEIT.²

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 bestimmte schließlich den 3. Oktober als „Tag der deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag. Andere Vorschläge, nicht nur der 9. November, sondern auch der 17. Juni, der Tag des Volksaufstandes in der DDR 1953 – der Tag der deutschen Einheit in der alten Bundesrepublik –, der 23. Mai, der Tag, an dem 1949 das Grundgesetz verkündet wurde, der 8. Mai, als 1945 in Europa der Krieg zu Ende ging, der 18. März, als in Berlin die Revolution von 1848 ihren Höhepunkt erreichte, all diese Vorschläge konnten sich nicht durchsetzen. Es fiel den Deutschen leichter, so könnte man die Entscheidung für den 3. Oktober interpretieren, sich mit ihrer glücklichen Gegenwart zu identifizieren als mit ihrer schwierigen Vergangenheit. Es fiel ihnen leichter, der Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik einen kalendarischen Fluchtpunkt zu geben, als sich – gerade angesichts der neu gewonnenen Einheit der Nation – der Auseinandersetzung über die historischen Dimensionen der deutschen Teilung und ihrer Ursachen zu stellen.

Gewiss, in politikhistorischer und staatsrechtlicher Perspektive symbolisiert der 3. Oktober 1990 die Überwindung der deutschen Teilung. Er ist seit 19 Jahren ein Tag politischer Feierstunden und ein Tag der politischen Bildung. Aber hat er als Tag der deutschen Einheit im Bewusstsein der Bevölkerung Geltung erlangt? Nicht nur 2009, im 20. Jahr nach dem Mauerfall, steht der 3. Oktober im Schatten des 9. November. Welche Bilder verbinden wir mit dem 3. Oktober 1990? Die nächtliche Feierstunde vor dem Reichstag? Den Festakt in der Berliner Philharmonie?

Die Bilder des 9. November 1989, sie haben sich tief in unsere Erinnerung eingebrannt, ja sie gehören heute zum globalen Gedächtnis, weil sie nicht nur für einen Tag *deutscher* Geschichte stehen, sondern für jenen Tag an dem für alle Welt sichtbar der Kalte Krieg zu Ende ging, für jenen Tag, an dem die Teilung Deutschlands, Europas und der Welt überwunden wurde.

Daran werden wir in diesen Tagen in allen Formen medialer Information und Unterhaltung erinnert. Die Erinnerung an den 9. November 1989 ist nicht nur zum nationalen, sondern zum *transnationalen* Medienereignis geworden. Für einen Moment scheinen die andauernden Probleme der Einheit, die Schwierigkeiten des Zusammenwachsens von Ost und West vergessen. Für einen Moment tritt auch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die die Welt noch immer im Griff hat, in den

Hintergrund, und die Deutschen dürfen wieder sich als „das glücklichste Volk der Welt“ fühlen, von dem Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper vor genau 20 Jahren sprach. Die Deutschen haben, so hat es der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern formuliert, 1989/90 eine zweite Chance erhalten: eine Chance der Freiheit für alle Deutschen, die Chance auch einer Zukunft in einem friedlichen Europa.³

Um freilich diese zweite Chance auch nutzen zu können, bedarf es des Blickes zurück. Und kein anderes Datum zwingt die Deutschen so sehr zu diesem Blick zurück wie der 9. November. Wenn man überhaupt Geschichte auf punktuelle Ereignisse, ja auf einzelne Tage reduzieren kann, dann ist der 9. November ein solcher Tag deutscher Geschichte. Und nicht nur lohnt es sich daher, am 20. Jahrestag des Mauerfalls von 1989 auch an den 9. November 1918, den 9. November 1923, den 9. November 1938 und den 9. November 1939 zu erinnern, sondern eine solche Erinnerung ist geradezu zwingend, will man nicht den 9. November 1989 ahistorisch monumentalisieren.

Die mit dem 9. November verbundenen historischen Ereignisse stehen in einem inneren Zusammenhang, der durch den historischen Prozess konstituiert wird. Das unterstellt keine Zwangsläufigkeit der geschichtlichen Entwicklung, es impliziert auch keine unmittelbaren Kausalitäten, aber in der Retrospektive und im Blick des Historikers scheinen doch geschichtliche Entwicklungen auf, welche die Novemberrevolution von 1918, den Hitler-Putsch von 1923, die Pogromnacht von 1938, auch das gescheiterte Attentat des Georg Elser auf Hitler von 1939 und schließlich den Fall der Mauer 1989 miteinander verbinden.

Wir erinnern uns mit Blick auf den 9. November an jene Ereignisse, durch die Ende 1918, Anfang 1919 aus der Niederlage im Weltkrieg und angesichts der Bankrotterklärung des Kaiserreichs in revolutionärer Dynamik die Weimarer Republik entstand. Es war kein Zufall, dass der sogenannte „Hitler-Putsch“ fünf Jahre später, 1923, am Vorabend des 9. November seinen Ausgang nahm. Adolf Hitler, der „Führer“ der NSDAP, setzte sich damals nur an die Spitze all jener, die sich mit der deutschen Niederlage von 1918 nicht abfinden konnten, die die Weimarer Demokratie nicht nur für den Versailler Diktatfrieden verantwortlich machten, sondern auch für alle anderen Probleme, mit denen die junge Republik in den ersten Jahren ihres Bestehens konfrontiert war.

Weil die Republik Hitler schonte, gab sie ihm eine zweite Chance. An ihrem Ende stand der 30. Januar 1933. Gewalt und Terror, Hass und

Menschenverachtung charakterisierten den Nationalsozialismus von Anfang an. Es gab keine „Friedensjahre“ des „Dritten Reiches“. Wohl aber gab es Stufen der Entgrenzung von Gewalt und Terror. Für eine solche Stufe steht der 9. November 1938. Viele der verfolgten, entrechteten und gedemütigten Juden hielten die Brutalität der Pogrome für den Gipfel der Nazi-Barbarei. Sie hatten sich getäuscht, weil sie sich eine Steigerung der Gewalt nicht vorstellen konnten. Doch in den Pogromen des November 1938 wurde der Weg zum Holocaust eingeschlagen.

Ein Jahr später, 1939, setzte der schwäbische Schreiner Georg Elser mit seinem Attentatsversuch gegen Hitler ein Zeichen. Es war ein doppeltes Zeichen: ein Zeichen gegen die nationalsozialistische Diktatur, die mit dem Überfall auf Polen begonnen hatte, Europa mit Krieg zu überziehen; ein Zeichen aber auch dafür, dass Widerstand möglich war. In der Nacht auf den 9. November tat Georg Elser, was Millionen von Deutschen – vor wie nach 1945 – unmöglich erschien: Er leistete aktiven Widerstand, und beinahe wäre ihm der Tyrannenmord geglückt. Dennoch dauerte es nach dem Krieg Jahrzehnte, bis Georg Elser und seine Tat ihren Weg in das öffentliche Gedenken fanden.

II.

Nicht zuletzt wegen seiner Vieldeutigkeit haben sich die Deutschen mit der öffentlichen Erinnerung an den 9. November lange sehr schwer getan. Zur affirmativen Geschichtsaneignung taugt der 9. November nicht. Gleichwohl gibt es in jeder Gesellschaft ein mächtiges Bedürfnis nach Selbstvergewisserung im Zeitenlauf. Jede Gesellschaft, so scheint es, braucht historische Ereignisse, auf die sie sich beziehen kann, wenn sie nicht den Halt in der Gegenwart verlieren will. Historische Gedenktage dienen der Orientierung, sie wirken mit an der Identitätsbildung einer Gesellschaft. Deutschland, die föderale Nation, die über lange Zeit gar keine nationale Geschichte hat, kennt nur vergleichsweise wenige zentrale Erinnerungsorte – im topographischen wie im übertragenen Sinn.⁴

Vergangenheit wird stets gedeutet und angeeignet. Doch welchen Imperativen und Prämissen folgen Aneignung und Deutung von Vergangenheit? Finden Aneignung und Deutung im öffentlichen Raum statt und sind politische Akteure an ihr beteiligt, dann sprechen wir von Geschichtspolitik. Hier geht es um die Konstruktion von Erinnerung im politischen Raum, um eine Erinnerung, die sich auf politische Ereignisse

nisse bezieht, und um eine Erinnerung, die politischen Zwecken dient. Geschichtspolitik in freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaften ist in diesem Sinne in keiner Weise negativ zu bewerten. Geschichtspolitik und geschichtspolitische Auseinandersetzungen – und dazu zählen auch Debatten über das historische Gedenken – sind zentrale Felder gesellschaftlicher und politischer Selbstverständigung.⁵

Freilich verändern sich die Formen und die Anlässe geschichtspolitischen Handelns mit den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Während, um nur wenige Beispiele zu nennen, der 50. Jahrestag der Revolution von 1848 im wilhelminischen Kaiserreich fast untergegangen wäre, hätte es nicht 1898 im Reichstag einen erbitterten Streit über die Bewertung von 1848 gegeben, so pries nicht nur Theodor Heuss 50 Jahre später in der entstehenden Bundesrepublik die Achtundvierziger-Revolution als den besten Teil des geschichtlichen Erbes der Deutschen.⁶ Und während 1913 das wilhelminische Deutschland das 100-jährige Jubiläum der Völkerschlacht feierte – nur die Jugendbewegung brach auf dem Hohen Meißner aus dem offiziellen Festchor aus – während das wilhelminische Deutschland das Jubiläum der Völkerschlacht feierte und der Kaiser in Leipzig ein trutziges Denkmal einweihte, war der Anlass 50 Jahre später in der Bundesrepublik kein Anlass mehr. In der DDR dagegen diente das Jubiläum dem Lobpreis der deutsch-sowjetischen Waffenbrüderschaft.⁷

So wird deutlich, wie Geschichtspolitik ganz unterschiedliche Funktionen erfüllen und ganz unterschiedlichen Zwecken dienen kann. Geschichtspolitisches Handeln zielt darauf, Traditionen zu schöpfen, Erinnerungen zu gestalten und Identitäten herzustellen. Immer wieder geht es auch darum, die Geschichte und einzelne historische Ereignisse deutend und interpretierend spezifischen Interessen nutzbar zu machen. In der pluralistischen Demokratie vollzieht sich dies in der Rivalität konkurrierender Geschichtsbilder und Geschichtsdeutungen. In Diktaturen und autoritären Systemen hingegen ist Geschichtspolitik ein Herrschaftsinstrument. Sie dient der Herrschaftslegitimation und Herrschaftssicherung.

Die Gedenk- und Erinnerungskultur kennt zwei Formen der Konstruktion von Erinnerung. Beide werden gerade im Blick auf historische Gedenktage deutlich. Existierende Gedenktage, die zum Teil an weit zurück liegende Ereignisse erinnern, können erhalten bleiben und in das jeweils gegenwärtige Gedächtnis einer Gesellschaft aufgenommen

werden, wenn es – nicht zuletzt politisch – opportun erscheint. Die Inhalte des Gedenkens sind damit freilich nicht vorgegeben. Sie werden im Wandel der Zeiten und im Wechsel der Generationen stets neu bestimmt und damit verändert. Dafür gibt es viele Beispiele, und der 9. November gehört ohne Frage dazu.

Gesellschaften schaffen sich aber auch ihre eigene, gleichsam gegenwartsbezogene Erinnerung durch den Versuch, Gedenktage zu stiften. Davon legt der „Sedanstag“, die Erinnerung an den 2. September 1870 und den deutsch-französischen Krieg, Zeugnis ab, das demonstriert aber auch der „Tag der deutschen Einheit“ in seiner doppelten Datierung vom 17. Juni 1953 und vom 3. Oktober 1990. Solche Versuche, Erinnerung politisch zu stiften, müssen nicht immer erfolgreich sein, wie der Verfassungstag der Weimarer Republik, der 11. August, in den Jahren nach 1919 zeigt. Der 11. August ist bei den Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg nie angekommen. Das sagt viel über die Akzeptanz der Weimarer Republik, über die Wahrnehmung der Gegenwart und über die damalige Erinnerung der Deutschen an die vermeintlich gute, alte Zeit vor 1914, die schwer auf der politischen Kultur des Weimarer Staates lastete.

III.

Die deutsche Revolution des November 1918 war eine Revolution im Zeichen der Niederlage, eine Revolution im Zeichen des verlorenen Krieges.⁸ Zwar war es schon im Oktober 1918 zu einer Parlamentarisierung der Verfassung des Kaiserreichs gekommen, aber nach über vier Jahren Krieg waren bei den Soldaten an der Front und bei der Bevölkerung in der Heimat der Leidensdruck und die Wut in einem solchen Maße angewachsen, dass an eine behutsame Reform des Kaiserreichs, an eine Demokratisierung der Monarchie nicht mehr zu denken war. Vor allem Soldaten und Arbeiter begehrt auf gegen das alte System und seine politischen und militärischen Eliten, die sie – ganz zu Recht – für die Not und das Elend in Deutschland verantwortlich machten.

Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie war auf einen gewaltsamen Umsturz der Verhältnisse nicht vorbereitet. Eigentlich hatte die SPD unter der Führung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann mit der Parlamentarisierung des Kaiserreichs ihr politisches Hauptziel erreicht. Als sich aber am 9. November 1918 streikende Arbeitermas-

sen und Soldaten durch die Straßen Berlins wälzten, gab nicht nur der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die Abdankung des Kaisers bekannt, sondern vom Balkon des Reichstages – wir kennen die Bilder – rief Philipp Scheidemann die „deutsche Republik“ aus. Ein Aufruf zur Revolution, zum Umsturz aller bestehenden Verhältnisse war das nicht. Es war der Versuch, in Deutschland eine bolschewistische Revolution nach russischem Vorbild zu verhindern, die Entstehung einer „sozialistischen Republik“, wie sie der Spartakistenführer Karl Liebknecht kurz nach Scheidemann vom Berliner Stadtschloss aus proklamierte.

Das Handeln der deutschen Sozialdemokratie im Herbst und Winter 1918/19 war, so hat es der Politikwissenschaftler Richard Löwenthal einmal genannt, geleitet von einem Anti-Chaos-Reflex.⁹ Nichts war der SPD wichtiger, als den Absturz Deutschlands, einer modernen, hoch komplexen Industriegesellschaft, in Chaos und Bürgerkrieg zu verhindern. Der Krieg musste beendet, das Millionenheer demobilisiert und in die Gesellschaft reintegriert werden, Verhandlungen über einen Friedensvertrag waren zu führen. Dazu aber bedurfte es stabiler politischer Verhältnisse und einer handlungsfähigen Regierung. Der Imperativ von „Ruhe und Ordnung“ beherrschte die Entwicklung. Und dieser Imperativ führte schon wenige Tage nach dem 9. November zu einer Reihe von schicksalhaften – man könnte auch sagen: verhängnisvollen – Kompromissen zwischen der revolutionären Übergangsregierung des Rates der Volksbeauftragten und den alten Eliten des Kaiserreichs. Weil sich die SPD auf die Verständigung, ja das Bündnis mit den alten wilhelminischen Eliten – im Militär, in der Verwaltung, in der Justiz – angewiesen glaubte, wurden diese Eliten stabilisiert, ein Elitenwechsel fand nicht statt.

Dabei waren es gerade die führenden Schichten des Kaiserreichs, die sich mit dem Ende der Monarchie und – mehr noch – mit dem verlorenen Krieg nicht abfanden. Ihr ganzes Streben war darauf gerichtet, den 9. November 1918 rückgängig zu machen und die republikanisch-demokratische Ordnung zu überwinden. Aber nicht nur im rechten Lager, sondern bis weit hinein in die bürgerlich-liberale Mitte und bis in die Reihen der SPD kam es schon im Laufe des Jahres 1919 zu Prozessen der Verdrängung und der Verformung von Erinnerung, durch welche die Gründe der Revolution und die revolutionäre Entwicklung im Herbst 1918 umgedeutet und verzerrt wurden.¹⁰

Für diese Umdeutung waren zwei Faktoren verantwortlich: Da waren zum einen die Pariser Friedensverhandlungen und der Versailler Vertrag. Die harten Friedensbedingungen und vor allem das Verdikt der deutschen „Alleinschuld“ wurden in Deutschland quer durch die politischen Lager als extrem hart und ungerecht empfunden. Versailles aber provozierte auch erneut und stärker als je zuvor die Frage nach der Schuld an der deutschen Niederlage. Und je weiter man sich von der Schlussphase des Krieges entfernte, desto leichter wurde es möglich, die politische und militärische Führung des Kaiserreichs aus der historischen Verantwortung für den Kriegsausgang zu nehmen und die Schuld für Kriegsausgang und Friedensschluss statt dessen jenen politischen Kräften zuzuweisen, die dazu gezwungen waren, die Niederlage abzuwickeln, nachdem sich der Kaiser und die diktatorische Oberste Heeresleitung mit Hindenburg und Ludendorff aus der Verantwortung gestohlen hatten. Immer aggressiver verkündeten die Vertreter der „Dolchstoß“-Legende, an ihrer Spitze der spätere Reichspräsident Hindenburg, die Niederlage sei erst durch die Revolution herbeigeführt worden. Damit aber machte man die neuen, seit den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 demokratisch legitimierten Machthaber, die Parteien der Weimarer Koalition, auch verantwortlich für Versailles und – in den folgenden Jahren immer stärker – für die vor allem wirtschaftliche Misere der jungen Republik.

Zur Verformung der Erinnerung trug aber zum anderen auch die Tatsache bei, dass die Revolution in mehreren Phasen ablief. Zu einer Radikalisierung und Brutalisierung der Revolution, zu bürgerkriegs-ähnlichen Zuständen, kam es nicht schon im November 1918, sondern erst seit Anfang 1919. Der Berliner „Spartakus-Aufstand“ und die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind nur ein Teil dieses viel breiteren Prozesses. Das Ausmaß an Gewalt jedoch dieser zweiten Revolutionsphase und die Wahrnehmung dieser Gewalt bestimmten schon bald die Erinnerung an die Revolution insgesamt. Das Bild der Revolution wurde zu einem Bild der Gewalt. Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum sich auch die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik stets mit großem Unbehagen an die revolutionäre Entstehung der Republik erinnerten und warum man den Tag der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung, den 11. August, zum Nationalfeiertag erhob und nicht den 9. November. Der 11. August indes, er stand nicht für die erfolgreiche Revolution, er stand für ihre Beendigung.

Wofür steht der 9. November 1918 heute? Er steht für das Ende des Weltkriegs. Er steht für das Ende des Kaiserreichs und der einzelstaatlichen Monarchien und damit auch für das Ende einer – trotz aller demokratischen Elemente – autoritären politischen Ordnung. Zugleich markiert der 9. November 1918 heute, aus der Distanz von fast 100 Jahren, auch einen Anfang: den Anfang der Weimarer Republik. Er steht damit für den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, für ein allgemeines, freies, gleiches und geheimes Wahlrecht der Männer und Frauen und für die Schaffung demokratischer Institutionen nicht nur auf Reichsebene, sondern auch in den Ländern, den Städten und Gemeinden.

Doch der 9. November 1918 steht auch für jenen ideologischen Grundkonflikt, der das gesamte 20. Jahrhundert bestimmte und der erst mit dem 9. November 1989, wenn wir diesen Tag in eine welthistorische Perspektive rücken, endete.¹¹ In der doppelten Ausrufung der Republik durch Scheidemann und Liebknecht spiegelt sich der ideologische Gegensatz zwischen liberaler Demokratie und Kommunismus, so wie ihn nach 1945 in einer ganz anders gearteten doppelten Staatsgründung auch Bundesrepublik Deutschland und DDR verkörperten. Für die von der SED gesteuerte Traditionsbildung der DDR war der 9. November 1918 stets von herausragender Bedeutung. In die Fassade des Ost-Berliner Staatsratsgebäudes wurde 1964 jenes Portal des Berliner Stadtschlusses integriert, von dessen Balkon aus Karl Liebknecht 1918 die „sozialistische Republik“ ausgerufen hatte. Dass die Erinnerung an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ins Zentrum der Geschichtspolitik der SED gehörte, zeigten alljährlich im Januar die großen Luxemburg-Liebknecht-Demonstrationen, bis 1988 Bürgerrechtler aus der DDR die Kundgebung zum Anlass nahmen, ihre Opposition zu artikulieren, indem sie sich auf Rosa Luxemburg und ihren berühmten Satz bezogen, dass Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden sei.

In der Geschichtspolitik und den Geschichtsbildern der alten Bundesrepublik besaß der 9. November 1918 nie eine herausgehobene Bedeutung. Zwar stellte sich der westdeutsche Staat, als er in den Jahren 1948/49 begründet wurde, sehr bewusst in die Tradition der ersten deutschen Demokratie, und nicht zuletzt die überwiegende Zahl der Angehörigen des Parlamentarischen Rates konnten auf politische Erfahrungen in den Jahren zwischen 1918 und 1933 zurückblicken. Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Theodor Heuss waren keine Ausnahmen. Doch insgesamt stand gerade die Frühzeit der Bundes-

republik unter jenem Imperativ, den der Schweizer Journalist Fritz René Allemann 1956 in die Worte fasste: „Bonn ist nicht Weimar.“¹²

Das Grundgesetz zog die Lehren aus Weimar. Die Geschichte der Weimarer Republik, ihr Untergang, ja ihre systematische Zerstörung, sie wurden allgemein – nicht zuletzt in den großen Werken des Zeithistorikers Karl Dietrich Bracher – als Lehrstück begriffen für die Gefährdungen einer freiheitlichen Demokratie. Doch thematisiert wurde auch die Schwäche des Staates von Weimar, seine Handlungsunfähigkeit in der Auseinandersetzung mit seinen Gegnern von links und rechts. Ein positiver Gedenk Anlass war der 9. November 1918 also in der alten Bundesrepublik nicht – auch nicht in den ersten Jahrzehnten nach 1949, als sich das historische Gedenken der Westdeutschen noch nicht auf den 9. November 1938 konzentrierte.

IV.

Die politischen und ideologischen Konfliktlinien, die sich durch das 20. Jahrhundert zogen und die dieses „Zeitalter der Extreme“ (E. Hobsbawm) bestimmten, erschöpften sich nicht im Gegensatz von Kommunismus und liberaler Demokratie. Bis 1945 konstituierten Faschismus und Nationalsozialismus als Ausformungen eines extremen, vielfach völkisch-rassistisch determinierten Nationalismus, einen dritten Konfliktstrang. Wie der Kommunismus, so entfalteten auch Faschismus und Nationalsozialismus ihre Wirkung als Antwort auf eine seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, vor allem aber nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa wahrgenommene und so empfundene Krise der Moderne. Diese Krise der Moderne verband sich freilich nicht nur mit dem Krieg, sondern mit dem Durchbruch der modernen Industriegesellschaft, der Entstehung der Massengesellschaft und den politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen, ja Verwerfungen, die das bedeutete.¹³

In Deutschland bestätigten der Krieg und seine Folgen diese Krisenwahrnehmung, und gerade auf der politischen Rechten fiel bei der Suche nach den Ursachen der Krise und nach Schuldigen der Blick wieder auf den 9. November 1918. Der Hass auf die so genannten „Novemberverschreiber“, von Anfang an antisemitisch aufgeladen, wurde zur stärksten Triebkraft der politischen Rechten insgesamt, vor allem aber der zahlreichen Gruppierungen der völkisch-radikalen Rechten, unter ihnen der nationalsozialistischen Bewegung unter Führung

Hitlers. „Novemberverschreiber“, das waren nicht die politischen und militärischen Eliten des Kaiserreichs, die die Verantwortung trugen für den Krieg und die Kriegsniederlage. Nein, „Novemberverschreiber“, das waren die demokratischen Kräfte der entstehenden Weimarer Republik, jene Kräfte, die in der Stunde der Revolution und der Niederlage die politische Verantwortung übernommen hatten. Es waren jene Kräfte aus Sozialdemokratie, aus der katholischen Zentrumspartei und aus dem liberalen Lager, die sich im Reichstag schon seit 1917 für einen Verstndigungsfrieden und zugleich für eine Demokratisierung der Reichsverfassung eingesetzt hatten. Es waren jene Kräfte, denen die alten Eliten und die neuen Rechten schon bald vorwarfen, einer, wie es immer wieder hieß, „im Felde ungeschlagenen“ Armee den Dolch in den Rücken gestoßen und erst damit die deutsche Niederlage herbeigeführt zu haben.

Vor diesem Hintergrund war es kein Zufall, dass der erbärmlich gescheiterte Putschversuch der Nationalsozialisten im Jahre 1923 am Vorabend des 9. November seinen Ausgang nahm. Ebenso wenig war es ein Zufall, dass der erste Versuch der Nationalsozialisten an die Macht zu gelangen, in Bayern stattfand. Bayern war nach 1918 zum Nährboden des Rechtsextremismus geworden. Nicht nur blorierten dort die so genannten „vaterländischen Verbnde“, zahllose rechtsradikale Gruppierungen, unter ihnen Hitlers NSDAP, sondern die bayerische Regierung duldete das Treiben dieser Republikgegner, ja kooperierte mit ihnen.

Dennoch scheiterte der Putschversuch Hitlers. Die bayerische Führung war zwar reaktionär und republikfeindlich, doch zum Instrument des rechtsradikalen Wirrkopfs Hitler wollte sie sich nicht machen lassen. Der Versuch einer nationalen Machtübernahme endete schon an der Münchener Feldherrenhalle, wo die völkischen Kampfverbnde auf den Widerstand eines Polizeiaufgebots stießen. Vierzehn Hitler-Anhänger wurden erschossen, der Zug der Putschisten löste sich in wilder Panik auf.¹⁴

Erst die Nationalsozialisten haben den „Marsch auf die Feldherrenhalle“ später zu einem Heldenstck umgedeutet. Der 9. November wurde zu einem der wichtigsten Gedenktage des Nationalsozialismus. 1933 wurde ein „Blutorden“ für die Teilnehmer des Putschversuchs gestiftet, und alljährlich wurden die neuen Jahrgänge der SS vor der Feldherrenhalle auf die Münchener „Blutfahne“ der Bewegung vereidigt.

Auch hier erwiesen sich die Nationalsozialisten als Meister der historischen Legendenbildung, ja der Umdeutung von Geschichte zu Zwecken der Propaganda und der Traditionsstiftung.

Dass Hitler am 9. November 1923 nicht zu Tode kam, war purer Zufall. Welchen Lauf hätte die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts genommen, wenn eine Polizeikugel nicht Hitlers Freund Scheubner-Richter getroffen hätte, sondern den neben ihm gehenden Hitler selbst?¹⁵ Kein Zufall war freilich die Reaktion der bayerischen Justiz auf den Putsch. Das Gericht, vor dem Hitler und seine Gefolgsleute angeklagt wurden, sympathisierte unverhohlen mit den Putschisten. Hitler, Ludendorff und die anderen Angeklagten profitierten von jenem antidemokratischen Geist, der nicht nur in Bayern Justiz und öffentliche Verwaltung weithin auszeichnete; sie profitierten von einer politischen Grunddisposition, die der Weimarer Republik jede Legitimation absprach und deshalb jede noch so radikale Republikgegnerschaft, so lange sie nur von rechts kam, verharmloste und dadurch begünstigte. Diese Justiz ermöglichte Hitlers politisches Überleben. Sie verschaffte ihm eine zweite Chance, die Demokratie zu zerstören, und er nutzte diese Chance.

Denn trotz der Zusage einer frühen Haftverschonung war die Landsberger Festungshaft noch lang und überdies bequem genug, dass Hitler in diesen Monaten „Mein Kampf“ schreiben und seine neue politische Taktik entwickeln konnte: einen Legalitätskurs, der die NSDAP auf angeblich legalem Wege an die Macht bringen sollte. Hinter dem Bekenntnis zur Legalität verbarg sich freilich nichts Anderes als die feste Absicht, den demokratischen Staat in eine tiefe Krise zu stürzen, in dieser Krise die Regierungsmacht zu übernehmen und die Demokratie sogleich zu zerstören. Der Weimarer Staat war zu schwach, sich eines solchen Gegners zu erwehren. Ganz anders als die Bundesrepublik war die Weimarer Republik keine wehrhafte Demokratie. In einer Mischung aus demokratischem Idealismus einerseits und demokratischer Unerfahrenheit andererseits billigte sie auch den Feinden von Freiheit und Demokratie jene freiheitlichen und demokratischen Rechte zu, die in der Weimarer Verfassung von 1919 festgeschrieben waren.

V.

Wie jedes Jahr so begingen die Nationalsozialisten auch am 9. November 1938 ihr Jubelritual zur Erinnerung an den Putschversuch von

1923: Fackelzüge, Fahneneide und Reden, in denen die Geschichte der Bewegung und die Erinnerung an die „Alten Kämpfer“ beschworen wurden. Die gesamte Führungsspitze des „Dritten Reiches“ war 1938 in München versammelt, als dort die Nachricht vom Tod des deutschen Diplomaten Ernst vom Rath eintraf. Vom Rath, Angehöriger der deutschen Botschaft in Paris, war zwei Tage zuvor durch den polnischen Juden Herschel Grynszpan niedergeschossen worden, der mit dieser Tat gegen die Abschiebung polnischer Juden aus Deutschland, zu denen auch seine Eltern gehörten, protestieren wollte.

Für die deutsche Führung kam der Tod des Diplomaten wie gerufen. Er verschaffte ihr den Vorwand für eine Aktion gegen die Juden in Deutschland, die von Anfang an das doppelte Ziel hatte, eine möglichst große Zahl von Juden aus Deutschland zu vertreiben und sie zugleich ihres Vermögens zu berauben. „Wenn man jetzt den Volkszorn einmal loslassen könnte“, schrieb Goebbels schon am Morgen des 9. November in sein Tagebuch. Schon ein Jahr zuvor, 1937, hatte es in einer Denkschrift des Sicherheitsdienstes der Gestapo geheißen, man müsse den Juden ihr „Sicherheitsgefühl“ nehmen, um sie zur Auswanderung zu bewegen, und: „Das wirksamste Mittel, um den Juden ihr Sicherheitsgefühl zu nehmen, ist der Volkszorn.“¹⁶

Und dieser „Volkszorn“ wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in grauenhafter Weise inszeniert. Eine Hetzrede von Goebbels vor den in München versammelten Parteigrößen löste den Pogrom aus. Die Partei, so Goebbels in seiner Rede, müsse das Ganze „organisieren und durchführen“, dürfe aber „nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten“.¹⁷ Genau so geschah es. Die Kreis- und Ortsgruppenleiter und die SA-Führer wurden angewiesen, entsprechende Aktionen in Gang zu setzen. Wenige Stunden später brannten in ganz Deutschland die Synagogen. Die Feuerwehr durfte nur eingreifen, wenn die Flammen auf benachbarte Gebäude überzuschlagen drohten. Tausende von jüdischen Häusern und Wohnungen wurden zerstört, Geschäftsräume mit unglaublicher Brutalität demoliert. Ganze Straßenzüge waren voll von zersplittertem Fensterglas. Das gab der Nacht den beschönigenden Namen „Reichskristallnacht“, der bis heute aus dem Sprachgebrauch nicht ganz verschwunden ist.

Ungefähr 400 Menschen wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Zehntausende wurden verhaftet, viele von ihnen in Konzentrationslager gebracht, wo weitere 1000 den Tod fanden. Und die Aktion erreichte

ihren Zweck: Die Zahl der Auswanderungen stieg sprunghaft an. Zugleich – und als Teil der von Anfang an beabsichtigten Entwicklung – wurden die jüdischen Emigranten ihres Eigentums beraubt. Am 12. November erließ Göring eine Verordnung, dass die Juden als „Sühneleistung“ für ihre feindliche Haltung gegenüber dem deutschen Volk einen Betrag in Höhe von einer Milliarde Reichsmark aufzubringen hätten. Auch sollten sämtliche jüdische Versicherungsansprüche dem Reich zufallen. Wer Deutschland verlassen wollte, dem wurde sein Vermögen entzogen.

Diese Maßnahmen freilich bildeten nur den Gipfel des Eisbergs. Nach dem 9. November 1938 nahmen die Schikanen gegen die in Deutschland verbliebenen Juden noch einmal zu. Zahllose Maßnahmen der Diskriminierung – von dem Verbot, den deutschen Wald zu betreten bis hin zur Markierung durch den gelben Stern – dienten einzig und allein dem Zweck, die Existenz dieser Menschen zu vernichten. Vernichtung – darum ging es, und genau deshalb ist der Mord an den europäischen Juden, wie er seit 1941 systematisch durchgeführt wurde, ohne den 9. November 1938 nicht zu denken.

Es dauerte nach 1945 lange, bis der 9. November 1938 Eingang ins kollektive Gedächtnis der Deutschen fand, bis er sich breit als Gedenk Anlass, ja als Gedenktag etablieren konnte. Sicher, eine geradezu normative Abgrenzung und Distanzierung vom Nationalsozialismus und seinen Verbrechen war konstitutiv für die Bundesrepublik und ihre Entwicklung seit 1949. Kein Jahr verging, in dem nicht in großen Reden der Nationalsozialismus und seine Verbrechen verurteilt wurden. Die öffentliche Abkehr vom Nationalsozialismus, bei der Begriffe wie Scham, Schuld, Sühne und Verantwortung eine zentrale Rolle spielten, war zusammen mit der Berufung auf freiheitlich-demokratische Werte die Bedingung für die Resozialisierung der Westdeutschen. „Sie waren“, so hat es Aleida Assmann formuliert, „geradezu der politische Sockel, auf dem die Bundesrepublik Deutschland errichtet wurde.“ Das schloss die Übernahme der Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen in Form von Wiedergutmachungsleistungen ein.¹⁸

Doch nicht nur die öffentliche, sondern weithin auch die individuelle Erinnerung an den Nationalsozialismus war in der Frühzeit der Bundesrepublik beherrscht von der Tendenz, alle Schuld und Verantwortung auf Hitler und die Spitzen des nationalsozialistischen Regimes zu schieben. Die Deutschen verdrängten ihre Schuld und Verantwortung, indem

sie sie externalisierten und damit weit von sich wiesen. Gerade die seit 1933 in der Öffentlichkeit stattfindende und von allen wahrnehmbare Diskriminierung und Entrechtung der Juden, schließlich ihre Deportation und Ermordung wurden aus der Erinnerung ausgeblendet. Nur so konnte man – individuell wie kollektiv – das Entlastungsargument zur Geltung bringen, dass man belogen und betrogen worden sei und dass man von den Gräueltaten nichts gewusst habe. Hätte man sich öffentlich an den 9. November 1938 erinnert, man wäre eines Besseren belehrt worden. Die Synagogen brannten unter aller Augen. Nicht nur die Feuerwehr griff nicht ein und leistete keine Hilfe.¹⁹

Sicher, es gibt auch Berichte über christliche Deutsche, die sich dem Mob entgegen stellten. Ein Schutzpolizist kehrte nach der Zerstörung der Wohnung einer jüdischen Familie später allein zurück, um sich zu entschuldigen. Doch solches Verhalten blieb die Ausnahme.²⁰

Die Entrechtung der Juden, die nach dem 9. November eine neue Dimension erreichte, blieb niemandem verborgen. Im Gegenteil: Groß ist die Zahl derer, die von der Ausraubung der Juden profitierten, derer, die eine günstige neue Wohnung erhielten, die Möbelstücke, Bekleidung, Schmuck oder Kunstgegenstände aus jüdischem Besitz erwarben. Kaum einer wollte sich nach 1945 daran erinnern. Auch deshalb wehrten sich die Deutschen nach dem Krieg so vehement gegen den angeblichen Vorwurf der Kollektivschuld. Die Abwehr dieses Vorwurfs entsprang, so hat es der Historiker Norbert Frei einmal formuliert, den Reaktionen eines schlechten Gewissens.²¹ Und dieses schlechte Gewissen erklärt, warum sich der 9. November 1938 erst so spät in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingraben konnte.

VI.

Angesichts der Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft sei jeder Widerstand ausgeschlossen gewesen. Auch dieses Argument gehört zum Repertoire von Entlastung und Verdrängung in der Nachkriegszeit. Aus dem öffentlichen Gedenken verdrängt wurden damit nach 1945 nicht nur der Widerstand aus der Arbeiterbewegung und insbesondere der kommunistische Widerstand, der im antikommunistischen Klima des Kalten Krieges ohnehin einer Art *damnatio memoriae* anheim fiel. Das Widerstandsgedenken der Bundesrepublik – und im Kern gilt dies bis heute – konzentrierte sich auf den 20. Juli 1944.²² Nur am Rande sei freilich auch darauf verwiesen, dass es bis weit in

die fünfziger Jahre dauerte, bis sich in der Bundesrepublik ein positives Bild von Stauffenbergs Attentat und der Verschwörung der Männer des 20. Juli herausbildete. Als Bundespräsident Heuss 1954 in Berlin seine große Rede zum 10. Jahrestag des Attentats hielt, war mit Blick auf die Verschwörer in weiten Teilen der Öffentlichkeit noch immer von Eidbruch und Verrat die Rede. Zu denjenigen die schon damals mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen solche Beleidigungen und Verleumdungen vorgingen, gehörte der spätere Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer.²³

Aber wenigstens schienen die Männer des 20. Juli zu zeigen, dass man zu den politischen oder militärischen Eliten des „Dritten Reiches“ gehören musste, um erfolgversprechend Widerstand leisten zu können; dass also, mit anderen Worten, der einfache Bürger zu solchen Taten gar nicht in der Lage war.

Das Attentat, das der schwäbische Schreiner Georg Elser am Abend vom 8. auf den 9. November 1939, genau ein Jahr nach dem Pogrom gegen die deutschen Juden, auf Hitler verübte, beweist das Gegenteil.²⁴ 70 Jahre später kann es nicht darum gehen, aus Elsers Handeln einen Vorwurf gegen all jene Deutschen abzuleiten, die keinen Widerstand leisteten. Aber es geht darum, das Argument zu entkräften, Widerstand, oppositionelles Handeln und Zivilcourage seien im Nationalsozialismus ausgeschlossen gewesen.

Elsers Attentatsversuch, über Monate hinweg mit größter Sorgfalt geplant und minutiös umgesetzt, ist tragisch gescheitert. Hitler verließ die Gedenkkundgebung am 9. November 1923 im Münchener Bürgerbräukeller unerwartet zehn Minuten bevor der von Elser dort angebrachte Sprengstoff detonierte. Einmal mehr stellt sich die Frage, was geschehen wäre wenn. Was geschehen wäre, wenn Hitler dem Attentat zum Opfer gefallen wäre, wenn der Tyrannenmord gelungen wäre? Der Zweite Weltkrieg hatte gerade erst begonnen. Hätten die deutsche und die europäische Geschichte eine andere Wendung genommen?

Georg Elser wurde kurz vor Kriegsende 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet. In der öffentlichen Erinnerung und im Widerstandsgedenken der Bundesrepublik tauchte sein Name kaum auf. Über Jahrzehnte erinnerte kein Denkmal an Elser, ja noch in den neunziger Jahren entbrannte ein heftiger Streit um Elsers Attentat. Hatte Elser als Einzelgänger das moralische Recht, einen Anschlag auf Hitler zu verüben und dabei das Leben unschuldiger Menschen zu gefährden?²⁵

Die Frage erscheint konstruiert, und sie offenbart kein Verständnis für die Problematik von oppositionellem Verhalten unter den Bedingungen einer Diktatur? Oder wollte die Frage 50 Jahre nach Kriegsende noch einmal die Passivität der Vielen nicht nur erklären, sondern rechtfertigen? Wollte sie am Ende sogar ein positives Urteil darüber fällen, dass zwischen 1933 und 1945 so viele Menschen „hingeschaut und wegesehen“ hatten, wie es in einem Buchtitel des amerikanischen Historikers Robert Gellately heißt?²⁶ Auch deswegen löst die Erinnerung an Georg Elser, an sein unpathetisches, vom individuellen Gewissen getragenes Handeln bis heute ambivalente Reaktionen aus. Ein einfaches, ein lediglich affirmatives Gedenken erlaubt Elser nicht.

VII.

Die Erinnerung an den 9. November 1989, an die Nacht, in der die Mauer fiel und sich die Grenze öffnete, kann die Erinnerung an jene Ereignisse und Entwicklungen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die sich ebenfalls mit einem 9. November verbinden, weder auslöschen noch überdecken. Das soll den Deutschen 20 Jahre nach dem Mauerfall ihre Freude und ihre Feierstimmung nicht verderben. Ein Land, das trotz aller Fortschritte noch immer geprägt ist von den Problemen des Zusammenwachsens von Ost und West, braucht die gemeinsame Erinnerung an einen der seltenen Glückstage der deutschen Geschichte.

Es braucht die Erinnerung an den 9. November 1989 indes nicht nur als Datum auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Es braucht die Erinnerung an den 9. November 1989, weil die Öffnung der Mauer das Ende der SED-Diktatur besiegelte, weil die friedliche Revolution in der DDR an jenem Tag ihren größten Erfolg erzielte und ihren Höhepunkt erreichte. Es braucht die Erinnerung an den 9. November 1989, weil die Deutschen in der DDR an jenem Abend ihre Freiheit erlangten, präziser: sich ihre Freiheit nahmen, eine Freiheit, die ihnen vier Jahrzehnte verwehrt worden war.

Es war eine Revolution, die am 9. November 1989 kulminierte: eine friedliche, eine demokratische, eine freiheitliche Revolution. Eine Revolution, die anschloss an einen nicht gerade stark entwickelten Traditionsstrang der deutschen Geschichte, eine Revolution, die den Vergleich mit 1848 und 1918 nicht zu scheuen braucht. Und weil Mauer und Stacheldraht nicht nur Deutschland teilten, sondern vor dem

Hintergrund des Ost-West-Konflikts Europa und die Welt, darum ist der 9. November 1989 auch ein Datum der europäischen Geschichte, ja der Weltgeschichte – ein Ereignis, dessen nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa und weltweit gedacht wird.

Ihre Geschichte bleibt den Deutschen. Und gerade die schwierige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in dem hoffnungsvoller Aufbruch und jäher Absturz, Freiheitsversprechen und Zivilisationsbruch so nahe beieinander liegen, ja in einem komplexen Wechselverhältnis einander bedingen, kristallisiert sich am 9. November wie an keinem anderen Tag. So mag man es fast als eine List der Geschichte bezeichnen, dass Grenzöffnung und Mauerfall auf einen 9. November fielen und dass Geschichtspolitik und öffentliche Erinnerung vor dem Hintergrund dieses Datums stets aufs Neue gezwungen sind, den Blick zurückzuwerfen nicht nur auf das Jahr 1989, sondern auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt.

Gegen einfache Deutungen sperrt sich der 9. November. Er erinnert uns an Verbrechen, von Deutschen begangen, an Verbrechen, die in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel sind. Doch der 9. November erinnert uns auch an die Chancen, an die Kraft und an das Glück der Freiheit. Zugleich führt er uns vor Augen, wie gefährdet diese Freiheit stets ist, was für ein zerbrechliches Gut sie darstellt und wie Freiheit immer wieder neu errungen werden muss.

Eine Freiheit allerdings wird es für uns Deutsche nicht geben: die Freiheit von der Geschichte. Und an keinem Tag steht uns das so eindringlich, so gebieterisch und so herausfordernd vor Augen wie am 9. November.

Anmerkungen des Verfassers

- 1 Bei diesem Text handelt es sich um die geringfügig überarbeitete und mit einigen knappen Belegen und Literaturhinweisen ausgestattete Fassung eines Vortrags im Hessischen Landtag in Wiesbaden am 10. November 2009. Der Verfasser dankt Landtagspräsident Norbert Kartmann für die Einladung, diesen Vortrag zu halten, und für die Publikation.
- 2 Alle Äußerungen sind zitiert nach: Die Zeit, 15.6.1990 und 22.6.1990.
- 3 Fritz Stern: Die zweite Chance, in: FAZ, 26.7.1990; vgl. auch ders.: Deutschland um 1900 – und eine zweite Chance, in: Wolfgang Hardtwig / Harm Hinrich Brandt (Hg.): Deutschlands Weg in die Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur im 19. Jahrhundert, München 1993, S. 32-42. Auch in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 17.10.1999 hat der deutsch-amerikanische Historiker den Topos der „zweiten Chance“ wieder aufgegriffen; vgl. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1999 – Fritz Stern – Ansprachen aus Anlass der Verleihung. Hg. vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt a.M. 1999.
- 4 Dazu und zum Folgenden siehe: Eckart Conze/ Thomas Nicklas: Einleitung, in: dies. (Hg.): Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation bis zur Wiedervereinigung, München 2004, S. 7-20.
- 5 Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 13-38.
- 6 Vgl. Karl Heinz Metz: Von der Möglichkeit deutscher Revolution. Der 18. März 1848, in: Conze / Nicklas (Hg.): Tage deutscher Geschichte, S. 121-133.
- 7 Vgl. Thomas Nicklas: 18. Oktober 1813. Blutige Selbstfindung einer Nation, in: Conze / Nicklas (Hg.): Tage deutscher Geschichte, S. 99-118.
- 8 Allgemein zur Novemberrevolution 1918 und zur Gründung der Weimarer Republik siehe die jüngeren Gesamtdarstellungen von Gunther Mai: Die Weimarer Republik, München 2009; Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik, Stuttgart 2008; oder, aus nicht-deutscher Perspektive, Eric D. Weitz: Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton 2007. Spezieller noch immer Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a.M. 1985.
- 9 Richard Löwenthal: Die deutsche Sozialdemokratie in Weimar und heute. Zur Problematik der „versäumten“ demokratischen Revolution, in: ders.: Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt 1979, S. 197-211.
- 10 Dazu und zum Folgenden siehe Eberhard Kolb: Revolutionsbilder. 1918/19 im zeitgenössischen Bewusstsein und in der historischen Forschung, in: Die Deutsche Revolution 1918/19. Ausstellung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Katalog), Heidelberg 1993, S. 7-33.
- 11 So auch Horst Möller: Der 9. November in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Conze / Nicklas (Hg.): Tage deutscher Geschichte, S. 195-216, hier 198.
- 12 Fritz René Allemann: Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956. Vgl. jetzt auch die umfassende Untersuchung von Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2009.
- 13 Zur Zwischenkriegszeit als Krisenepoche der Moderne siehe u.a. Karl-Dietrich Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, Berlin 1976; Detlev Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987; Horst Möller: Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998; Ulrich Herbert: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century, in: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5-21.

- 14 Zum Hitler-Putsch siehe u.a. die Studien von Harold J. Gordon: *Der Hitler-Putsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924*, München 1978; oder Otto Gritschneider: *Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz*, München 1990.
- 15 Vgl. Möller: 9. November, S. 207.
- 16 Zit. nach: Thomas Karlauf: „So endete mein Leben in Deutschland“. Der 9. November 1938, in: Uta Gerhardt / Thomas Karlauf (Hg.): *Nie mehr zurück in dieses Land. Augenzeugen berichten über die Novemberpogrome 1938*, Berlin 2009, S. 11-33, hier 15. Zu den November-Pogromen von 1938 siehe außerdem u.a. Saul Friedländer: *Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 1998; Walter H. Pehle (Hg.): *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a.M. 1988; oder Hans-Joachim Döscher: *„Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938*, München 2000.
- 17 Zit. nach: ebd., S. 18.
- 18 Aleida Assmann: *Persönliche Erinnerung und kollektives Gedächtnis in Deutschland nach 1945*, in: Hans Erler (Hg.): *Erinnern und Verstehen. Der Völkermord an den Juden im politischen Gedächtnis der Deutschen*, Frankfurt a.M./New York 2003, S. 126-138, hier 130 f. Vgl. allgemein aus einer Fülle von Publikationen zu der Thematik: dies. / Ute Frevert: *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999; oder Norbert Frei / Volkhard Knigge (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2000.
- 19 Vgl. Peter Longerich: *„Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945*, Berlin 2006; oder Robert Gellately: *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, Bonn 2004.
- 20 Vgl. den Bericht von Hugo Moses, in: Gerhardt / Karlauf (Hg.): *Nie mehr zurück*, S. 37-59.
- 21 Norbert Frei: *Von deutscher Erfindungskraft. Oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit*, in: ders.: *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München 2005, S. 145-155.
- 22 Zum Widerstandsgedenken nach 1945 vgl. allgemein: Gerd R. Ueberschär (Hg.): *Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945*, Berlin 1998; Peter Steinbach: *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, Paderborn 2001; Norbert Frei: *Erinnerungskampf. Der 20. Juli 1944 in den Bonner Anfangsjahren*, in: ders.: *1945 und wir*, S. 129-144; oder Eckart Conze: *Der 20. Juli 1944. Ein Lichtpunkt in dunkler Zeit*, in: ders. / Nicklas (Hg.): *Tage deutscher Geschichte*, S. 217-238.
- 23 Dazu jetzt ausführlich die Biographie von Irmtrud Wojak: *Fritz Bauer: 1903-1968. Eine Biographie*, München 2009.
- 24 Zu Georg Elser und seinem Attentatsversuch ist in den letzten Jahren einige Literatur erschienen. Siehe u.a. Peter Steinbach / Johannes Tuchel: *Georg Elser*, Berlin 2008; Hellmut G. Haasis: *Den Hitler jag ich in die Luft. Der Attentäter Georg Elser*, Hamburg 2009; Ulrich Renz: *Georg Elser. Ein Meister der Tat*, Leinfelden-Echterdingen 2009.
- 25 So fragt und so argumentiert Lothar Fritze: *Legitimer Widerstand? Der Fall Elser*, Berlin 2009, der mit seinen Thesen schon 1999 eine kontroverse öffentliche Diskussion auslöste.
- 26 Siehe oben, Anm. 19.

Anhang



Prof. Dr. Eckart Conze

Eckart Conze, geboren 1963, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Marburg. An den Universitäten Toronto, Bologna und Cambridge hatte er Gastprofessuren inne. Zu seinen Arbeitsgebieten gehören die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, die Geschichte der internationalen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert sowie die Adels- und Elitengeschichte. Er ist Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des Auswärtigen Amtes und Co-Direktor des Internationalen Forschungs- und Dokumentationszentrums Kriegsverbrecherprozesse in Marburg.

Jüngere Buchveröffentlichungen: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart (2009); Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik (2010); The Genocide Convention 60 Years after its Adoption (2010); Bürgertum nach dem Ende des bürgerlichen Zeitalters (2010), Adel in Hessen (2010).

ISBN: 978-3-923150-39-7